



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Konferenzbericht

Breitband für ländliche Regionen: Datenrinnsale statt Datenströme?

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
der Hanns-Seidel-Stiftung
am 6. Mai 2008
in der Landesvertretung des Freistaates Bayern, Brüssel

Datei eingestellt am 13. Mai 2008 unter
www.hss.de/downloads/080506_TB_Breitband.pdf

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Konferenzbericht

Breitband für ländliche Regionen: Datenrinnale statt Datenströme?

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung am 06. Mai 2008
in der Landesvertretung des Freistaates Bayern in Brüssel

Der Zugang zu moderner Informations- und Kommunikationstechnik gilt als ein entscheidender Faktor für die Verwirklichung des Ziels der EU, zum weltweit führenden wissensgestützten Wirtschaftsraum zu werden. Viele Regionen außerhalb der Ballungsgebiete verfügen jedoch noch nicht über einen vergleichbaren Netzzugang, weil sowohl für die aufwendigeren Leitungen wie auch für Funkanbindungen durch geringere Nutzerdichte im Ländlichen Raum kein attraktiver Mittelrückfluss erfolgt. Es droht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft: Bürger, die einen Anschluss haben und Bürger, die in der globalen Wissens- und Kulturgemeinschaft im Abseits stehen. Die Kommission hat daher im November 2007 entsprechende Vorschläge in ihrem Richtlinienentwurf vorgestellt, darunter den bereits heftig umstrittenen Vorschlag zur Telekommunikationsregulierung. Im kommenden Jahr soll ferner ein Grünbuch veröffentlicht werden, in dem die Breitbandthematik nochmals ausdrücklich aufgegriffen wird.

Im Rahmen dieser gemeinsam mit dem Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE) organisierten Konferenz am 6. Mai 2008 in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel, wurden Lösungsansätze für einen beschleunigten Ausbau der Breitband-Infrastruktur diskutiert.

Die Podiumsdiskussion wurde durch **Dr. Ingo Friedrich**, Quästor im Präsidium des Europäischen Parlaments, eröffnet. Er betonte in seiner Ansprache die Brisanz des besprochenen Themas und wies darauf hin, dass eine flächendeckende Erschließung notwendig sei. Derzeit seien nur etwa 90% der deutschen Gebiete erschlossen. Es bestünde die Gefahr, dass eine Kluft entstehe. Angesichts der Tatsache, dass dieser Sachverhalt auf nationaler Ebene nicht mehr regelbar ist, sei es Aufgabe der Europäischen Union aktiv zu werden und als Rahmengesetzgeber einzugreifen. Vor allem technologische Fragen müssten geklärt werden. Dabei ginge es hauptsächlich um die Fragen, welche Anschlüsse gelegt werden, welche Unternehmen ihre Dienste anbieten und wie flexibel die Anbieter hinsichtlich eines Wechsels sind. Die Novellierung des Europäischen Rechtsrahmens für Telekommunikation sei ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sollten die eigentlichen Lösungen regional beziehungsweise kommunal entsprechend der spezifischen Gegebenheiten gefunden werden. Im Rahmen dieser Diskussion sollten Alternativen besprochen und mögliche Lösungsansätze aufgezeigt werden.

Prof. Dr. Alex Röder, Vorsitzender der Informationstechnischen Gesellschaft (ITG) und Mitglied des VDE-Präsidiums, unterstrich in seinem Beitrag, dass im Rahmen dieser Diskussion mit Wissenschaft und Politik zwei eigentlich komplett fremde Welten aufeinander treffen. Jedoch gingen Wissenschaft und Politik oft Hand in Hand. Der Austausch zwischen diesen Welten sei essentiell für das Funktionieren beider und müsse fortlaufend gefördert werden. Die Arbeit solcher wissenschaftsbasierten Organisationen, wie dem VDE, ermöglicht neben einem kontinuierlichen Wissensaustausch und einem grenzüberschreitenden Dialog auch eine Festlegung industrieller Standards. Sie gewährleistet Produktsicherheit und ermöglicht Ausbildungsreformen und Motivation junger Menschen für Ingenieurberufe. Und letzten Endes ginge es auch darum, in der Öffentlichkeit durch „effective noise“ auf die Interessen der Industrie aufmerksam zu machen. Eine Diskussion wie in diesem Rahmen biete eine gute Plattform dafür.

Nach einer Vorstellung der Podiumsteilnehmer durch den Moderator, **Dr. Dieter Klumpp**, Direktor der Alcatel-Lucent Stiftung, Informationstechnische Gesellschaft im VDE (ITG),

ergriff **Dr. Angelika Niebler, MdEP** und Vorsitzende im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie das Wort. Sie stellte in ihrem Beitrag ganz klar dar, dass Breitband unerlässlich für die Gesellschaft sei. Gemäß den Zahlen der OECD verfügen in der Europäischen Union im Durchschnitt 42% der Haushalte über einen Internetzugang. Die Zahlen schwanken zwischen ca. 60% in Skandinavien und knapp 10% in Rumänien und Griechenland. Deutschland liegt mit 50% etwas über dem Durchschnitt. Doch selbst dort kann der Zugang zum Internet nicht flächendeckend gewährleistet werden. Dies sei allerdings notwendig, um produktiv und wettbewerbsfähig zu bleiben. Dr. Angelika Niebler ist sich durchaus bewusst darüber, dass sich ein Ausbau in die ländlichen Regionen nicht auszahlt, da die Kosten der Kabellegung mit den Gewinnen nicht gedeckt würden. Auch die Vorschläge der Kommission zur Novellierung des Europäischen Rechtsrahmens für Telekommunikation („TK-review“) bieten keine effektiven Lösungsansätze. Sie beinhalteten zwar den Ausbau zu einer besseren Nutzung, eine Neuorientierung sowie eine flexiblere Nutzung der Frequenzen, allerdings sei dies nicht genug. Die „TK-review“ sei kein Allheilmittel. Vielmehr müssten Leitungen – auch für Breitband - ausgebaut werden, um den Wettbewerb zu stärken und außerdem sowohl nationale als auch europäische Maßnahmen gefördert werden. In Bayern wurde beispielsweise die Breitbandinitiative Bayern gegründet, der jährlich 19 Mio. € Bundesmittel zur Verbreitung von Breitband zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem würden in einzelnen Ländern, unter anderem Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Baden-Württemberg europäische Mittel zur Förderung von Breitband eingesetzt. Dr. Angelika Niebler gab an dieser Stelle zu bedenken, inwieweit in diesem Bereich gesetzgeberisch eingegriffen werden kann und muss, da eine Finanzierung durch Privatunternehmen nicht realisierbar sei. In der Schweiz wurde beispielsweise vom Schweizer Bundesrat per Gesetz Breitband als Grundversorgung festgeschrieben. Inwieweit dieses Modell in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union übernommen werden sollte, sei zu diskutieren.

Anschließend ergriff **Wolfgang Kopf**, Leiter des Zentralbereichs Politik und Regulierung der Deutschen Telekom AG, das Wort. Er merkte an, dass in Deutschland 90% aller Haushalte über eine Internetverbindung bis zu 1MBit/s verfügen. Zusätzlich gebe es eine breite Streuung von VDSL und ADSL in Deutschland. Eine Flächendeckung in diesem Maß sei, abgesehen von Frankreich, einmalig in Europa. Außerdem sei der Internetzugang in Deutschland im europaweiten Vergleich sehr preisgünstig. Man kann also durchaus sagen, dass in Deutschland eine Grundversorgung von bis zu 1Mbit/s weitestgehend flächendeckend möglich ist. Das „Breitband der Zukunft“ – das heißt eine Verbindung mit mehr als 1MBit/s - wird allerdings in soweit Probleme aufwerfen, als dass sich ein Ausbau nicht rechnet.

Bislang sind ca. drei bis vier Mio. Menschen ohne Internetzugang. Aber auch hier lohne sich eine Investition in den Ausbau solcher Verbindungen nicht, da dieser sehr aufwendig und teuer sei. Eine Alternative dazu, ohne dass die Legung von Kabel notwendig sei, biete allerdings die Nutzung von Funkfrequenzen, da dadurch ländliche Regionen weitestgehend erschlossen werden könnten. Zwar kann dadurch keine vergleichbare Qualität wie durch Glasfaserkabel erreicht werden, aber eine Grundversorgung wäre gesichert. Wolfgang Kopf stellte die Frage in den Raum, wie diese Situation in Zukunft geregelt werden sollte. Als Alternative bot er Netzkooperationen an. Allerdings werden solche Kooperationen meist durch Beihilfen- und Kartellrecht ausgebremst, so dass eine effektive Zusammenarbeit nicht möglich ist.

Gerd Eickers, Präsident des VATM e.V. und Mitglied im Aufsichtsrat der QSC AG, erklärte, dass es nicht möglich sei, alle deutschen Haushalte über Kupferkabel mit DSL zu erreichen. Allerdings gebe es eine Vielzahl von Alternativlösungen, wie beispielsweise Satellit-, Funktechnologien aber auch Glasfaserleitungen, um die restlichen 5% bis 10% der Haushalte mit bis zu 1MBit/s zu versorgen. Dies sollte entsprechend der topografischen Gegebenheiten und gemäß der Nachfrage mithilfe eines Mixes dieser Technologien gewährleistet werden können. Gerd Eickers betonte in seinen Ausführungen noch einmal, dass eine flächendeckende Versorgung nur durch die Zusammenarbeit mehrerer Anbieter

und somit auch mehrerer Technologie zu erreichen sei. Dafür wurde vom VATM e.V. ein Masterplan mit dem deutschen Städte- und Gemeindebund entwickelt. Dabei wird untersucht, welche Regionen in Deutschland betroffen sind, welcher Anbieter in dieser Region investieren würde und wie eine Versorgung bestmöglichst hergestellt werden könnte. Nur durch eine gezielte Projektarbeit gemeinsam mit den Gemeinden könne die Entscheidung bezüglich der Versorgung über Glasfaser oder Funk getroffen und damit eine regionalgebundene Lösung gefunden werden. Eine optimale Lösung für die ländlichen Regionen würde sich für Gerd Eickers wie folgt gestalten: ein Anbieter baut die Infrastruktur in einer Region aus und vergibt Zugangsrechte an weitere Anbieter. Auf diese Weise kann eine Wettbewerbssituation erreicht werden.

Einen anderen Standpunkt vertrat **Dr. Johann Niggel**, Leiter des Referats Medien, Elektrotechnik, Elektronik, Luk-Technik im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Er war der Meinung, dass das Problem der weißen Flecken weit verbreiteter sei, als hier dargestellt. Es seien in Bayern etwa nur 70% der Haushalte die über einen Internetzugang verfügten. Folglich gebe es auf diesem Gebiet noch signifikante Mängel. Vor allem in den ländlichen Räumen sei eine Verbindung über 1 MBit/s meist nicht zu erreichen, was für das ansässige Gewerbe einen massiven Wettbewerbsnachteil bedeute. Folglich müsse für diese Nachfrager eine Lösung gefunden werden. Die Versorgung ländlicher Gewerbegebiete erweist sich in der Regel allerdings als sehr schwierig, da dort meist im direkten Vergleich sehr hohe Preise verlangt würden. Außerdem wies Dr. Johann Niggel an dieser Stelle darauf hin, dass Lösungen nicht über Funk oder die digitale Dividende zu erreichen seien. Vielmehr müssten der Kreis, das Land oder der Staat fördernd für eine Erschließung mit Breitband eingreifen. Er wies in diesem Zusammenhang noch einmal auf die bereits angesprochene Breitbandinitiative Bayern hin. Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, der Industrie- und Handelskammer sowie dem Staatsministerium wird sowohl den knapp 50 Anbietern als auch den mehr als 600 betroffenen Gemeinden eine Plattform zum Austausch und zur Findung von Alternativlösungen geboten. Er vertrat ganz klar die Meinung, dass die Lösung zur Beseitigung der weißen Flecken nur durch Kooperationen gefunden werden könne.

Eine flächendeckende Erschließung der ländlichen Regionen sei vor allem mit Glasfaserkabeln nur langfristig zu realisieren, gab auch **Christian Irmeler**, Vorstand der Airdata AG, zu bedenken, da es für Unternehmen keinen „ländlichen Plan“ gibt. Eine wesentliche Rolle für die Lösung des Problems der Unterversorgung mit Breitband-Internet-Anschlüssen in ländlichen Gebieten kommt seiner Meinung nach alternativen Technologien zu – beispielsweise der Portable DSL-Funktechnologie, die die AIRDATA AG bei Breitband-Internet-Teilnehmeranschlüssen für die letzte Meile zum Kunden einsetzt. Weil der Einsatz von Funktechnologien keine aufwendige Verkabelung der einzelnen Haushalte erfordert, ist eine Breitbandanbindung auf diesem Wege vergleichsweise kostengünstig und kann innerhalb eines kurzen Zeitraums realisiert werden. Für eine komplette Erschließung sei die Zusammenarbeit von verschiedenen Anbietern notwendig. Die Ergänzung von Anbietern in verschiedenen Projekten böte die optimale Lösung. Bislang wurden von der Airdata AG drei Regionen in Deutschland ausgebaut, allerdings scheiterte der Ausbau weiterer Regionen an den rechtlichen Rahmenbedingungen.

Einen ähnlichen Standpunkt bezüglich der flächendeckenden Versorgung vertrat **Kai Seim**, Geschäftsführender Gesellschafter von UnserNetz. Problematisch bei der Erschließung der ländlichen Regionen sei die Suche nach einem Investor. Da auf dem Land mehr Leitungen verlegt werden müssten, um eine geringere Zahl an Abnehmern zu erreichen, gestalte sich dies äußerst problematisch. Es sei unmöglich, eine Finanzierung mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren zur Realisierung der Infrastruktur zu erhalten. Auch im ländlichen Raum gelten die „economies of scale“. Grundlage dafür sei aber auch eine enge Kooperation mit den Gemeinden, die das Entstehen alternativer Infrastrukturen auf unterschiedliche Weise, wie

z.B. Nachfragebündelung, Beteiligung bei der Finanzierung, Wegerechte, Genehmigungsverfahren, fördern können.

Im Laufe der Diskussion stellte Kai Seim die Frage nach dem Ziel, welches die Politik mit den ergriffenen Regelungen verfolge. Geht es in erster Linie um volkswirtschaftliche Effekte, die durch einen Infrastrukturausbau erreicht werden würden oder geht es darum, alle Haushalte mit einem Internetzugang zu versorgen? Die wirtschaftlichen Effekte würden natürlich durch eine höhere Bandbreite verstärkt. Entsprechend der verfolgten Ziele könnten dann auch die Lösungsansätze angepasst werden.

Dr. Rudolf W. Strohmeier, Kabinettschef der Kommissarin V. Reding (Informationsgesellschaft und Medien), wies darauf hin, dass diese Diskussion in Deutschland recht spät eingesetzt hätte. Doch nun sei das Problem um die ländlichen Regionen aktuell und es gebe für Deutschland auf diesem Gebiet großen Nachholbedarf. Vor allem der ländliche Raum müsse in die Zukunftsplanung bewusst mit einbezogen werden, um diesen nicht zu benachteiligen. Folglich stehe an erster Stelle die Herstellung der „Gleichheit der Lebensverhältnisse“. Jeder Haushalt sollte über die Möglichkeit eines Internetzugangs verfügen. Vor diesem Hintergrund wurde die Novellierung des Europäischen Rechtsrahmens für Telekommunikation vorgenommen. Dabei verfolgt die Kommission allerdings beide Ziele; sowohl die Erreichung aller Regionen mit Internet als auch die Erreichung volkswirtschaftlicher Ziele. Vielmehr bilden beide Effekte Komponenten des wirtschaftlichen Wachstums.

Auf die Frage, inwieweit die Kommission hier regulierend eingreifen könne, antwortete Dr. Rudolf W. Strohmeier, dass auch wenn das Richtlinienpaket der Europäischen Kommission zeitnah umgesetzt werde, es nicht der Kommission obliege, regulierend in den Mitgliedstaaten einzugreifen. Diese Diskussion müsste in den einzelnen Mitgliedstaaten geführt und intern entsprechend Regelungen getroffen werden.

Brüssel, den 8.05.08

Antje Pfeifer